

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 19 (1939-1940)
Heft: 2

Artikel: Das Kraftfeld des Krieges : ein Versuch zu einer Klarlegung
Autor: Reinhard, Ernst
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-333808>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

tun. Die Agitatoren des Regimes müssen die Tat des »weisen Stalin« als »eine Gasse für die Weltrevolution« anpreisen, währenddem in Wirklichkeit Stalin mit seinem Hitlerbündnis nicht nur die Komintern auf viele Jahre hinaus zerschlagen, sondern auch Rußland sehr viel moralischen Kredit, den es in Europa besaß, geraubt hat. Sagen wir es offen: wenn wir auch nie Kommunisten waren, wir wehrten uns doch gegen die Angriffe auf die Sowjetunion und hofften letztlich, daß Lenins »Bauern- und Arbeiterpolitik« sich als Friedensmacht bewähren werde. Stalin hat *jede* sozialistische Hoffnung auf Sowjetrußland zerstört.

Hätte in Rußland das Volk irgendwelche Möglichkeiten der Kontrolle der Staatsführung, hätte dies Bündnis mit Hitler nicht zustande kommen können. Solch erschütternde Verbrechen kann nur ein Diktaturstaat begehen. Wir erkennen einmal mehr, daß Gewalt, Terror und Diktatur mit Sozialismus nichts zu tun haben. Diese Erkenntnis soll uns führen, wenn unsere Stunde kommen wird. Doch soll sie uns nicht weich machen im Kampf um den Sozialismus: *ein geeintes Europa sozialistischer Demokratien, das ist unser Ziel!* Und wir wissen, daß Europa, soll es nicht endgültig in Mord, Krieg und Sklaverei zugrunde gehen, die Demokratie und den Sozialismus zusammenführen *muß!*

Das Kraftfeld des Krieges

Ein Versuch zu einer Klarlegung.

Von Ernst Reinhard.

Der deutsch-russische Nichtangriffspakt, der Einmarsch der Russen in das zusammengebrochene Polen, die Tatsache dieses raschen Zusammenbruchs und des deutschen Sieges im Osten, die immer noch ausstehende Offensive der Franzosen und Engländer im Westen, die italienische Neutralität boten dem schweizerischen Arbeiter eine Reihe von Überraschungen und ließen große Verwirrung zurück. Diese Verwirrung wird in einem Sektor der schweizerischen Arbeiterbewegung, in Genf, systematisch gesteigert und für Zwecke mißbraucht, die weder mit sozialistischer noch mit schweizerischer Politik das mindeste zu tun haben. Sie kann in ihrer Auswirkung, wenn sie nicht die Wirkungen einer unentschlossenen Innenpolitik dazugesellen sollten, für die Schlagkraft der Arbeiterbewegung gefährlich werden. Das folgende ist daher ein Versuch zur Klärung, nicht mehr. Es ist angesichts der sich überschneidenden und in ihrer Potenz schwer restlos abzuschätzenden Kräfte auch keine Prophetie.

I. Grundsätzliches.

Es gibt heute keinen ideologischen Feldzug des Antifaschismus gegen den Faschismus, des Antibolschewismus gegen den Bolschewismus. Die einst von Rußland ausgegebenen und durch die Komintern verbreiteten Parolen, daß ein Kreuzzug des Faschismus gegen den Bolschewismus und gegen Rußland, das Vaterland der Arbeiter, be-

vorstehe, haben sich als Propagandaphrase, gut für die Augenblickspolitik, erwiesen. Die Außenpolitik aller Staaten wird nicht von den moralischen Kräften dirigiert, die dem Völkerbund zugemessen wurden und die beispielsweise Wilson, nach ihm vor allem Macdonald, im Völkerleben vorherrschend sehen wollten. Die Außenpolitik aller heute in den Krieg tretenden Staaten ist ganz einfach amoralisch. Sie richtet sich in erster Linie nach den Bedürfnissen des eigenen Staates. Lassen sich die Interessen einiger Staaten kooperieren, dann werden Bündnisse abgeschlossen, ganz gleich, welcher Staatsidee der andere Staat dienen mag. So wie Rußland für das bürgerlich-demokratische Frankreich und für das nazistische Deutschland bündnisfähig war und ist, so wäre auch Großbritannien bereit, sich sowohl mit dem bolschewistischen Rußland als dem faschistischen Italien zu verbünden. Es ist aber nicht zu übersehen, daß die Staaten mit ihren wirtschaftlichen und imperialen Interessen auch die Staatsform verteidigen und mit ihnen die staatlichen und sozialen Ideen, die sie für ihren eigenen Staat als die geeignetsten halten. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, zu erkennen, daß die Gegensätze zwischen dem demokratisch-kapitalistischen Großbritannien und dem faschistisch-kapitalistischen Deutschland wegen der Unvereinbarkeit der imperialistischen Ziele und Methoden Deutschlands mit dem imperialen Besitz Großbritanniens nicht ausgeglichen werden können. Dabei ist die demokratische Idee mitleidend betroffen. Für die Regierungen beider im Krieg stehenden Staaten ist aber der Gegensatz Faschismus – Demokratie nur ein sekundärer. Er kann gegebenenfalls leicht eliminiert werden. Für die Arbeiterschaft aller demokratischen Länder ist es daher wichtig, unbedingt dafür besorgt zu sein, daß die Regierungen der demokratisch-kapitalistischen Staaten die Demokratie nicht opfern können.

Denn wenn das Gesagte von den Regierungen und den herrschenden Klassen gilt, so hat es keine Gültigkeit für die notleidenden Völker selbst. Sie sehnen sich nach einer Politik, welche ihnen diese Katastrophen erspart; und das kann nur eine Politik sein, die sich international von den Ideen des Rechts und der Moral leiten läßt. Im Gegensatz zu der Politik der Regierungen geht daher die politische Sehnsucht aller Völker nach einer streng moralischen und gerechten Politik. Es kann daher mit aller Bestimmtheit angenommen werden, daß mit der Dauer des Krieges und mit der Erhöhung der Leiden diese Sehnsucht der Völker immer stärker und aktiver werden muß; es ist kaum anzunehmen, daß irgendeines der heutigen Regierungssysteme, auch das bolschewistische nicht, aus dem Schmelzofen des Krieges unverändert hervorgehen werde; es wird sich eine neue Rechtsordnung international herausbilden, die, nach Zerstörung der zum Kriege führenden Staatssysteme und der hinter ihnen stehenden gesellschaftlichen Kräfte und Institutionen, eine das staatliche Eigenleben notwendigerweise stark einschränkende Föderation der europäischen Völker sein muß. Wie diese neue, sittliche Weltordnung im übrigen beschaffen sein wird, ist nicht zu erkennen. Es hängt aber von dem Mut der Sozialisten ab, ob die neue Weltordnung von den

Ideen eines humanitären, mutigen und starken Sozialismus getragen sein wird. Nie ist es daher wichtiger als heute, daß die Sozialisten versuchen, hinter den Propagandaphrasen die Wahrheit zu erkennen und ihr zu dienen. Nie ist es nötiger als heute, daß denjenigen, die sich in den Dienst fremder Kriegspropaganda stellen, die Türe gewiesen wird.

Für uns schweizerische Sozialisten gilt es, uns selbst zu finden. Wir dienen heute der schweizerischen Demokratie, weil sie sich entwickeln kann. Sie ist nichts Vollendetes. Aber wir haben sie zu dem auszubauen, was wir erhoffen und glauben. Durch unsern Dienst an einer humanitären Demokratie mag es uns am besten gelingen, das kleine Beispiel einer größern, sittlichen Weltordnung schaffen zu helfen. Damit uns die fremde Propaganda nicht weiter verwirre, als sie es in einem Abschnitt schon getan hat, muß versucht werden, die Triebkräfte der Außenpolitik der hauptsächlichsten Länder klarzulegen. Wir beschränken uns auf Rußland, Deutschland, Italien.

II. Die Außenpolitik der Großstaaten.

1. Rußland.

Im Versailler Vertrag war Rußland durch die Bildung des baltischen Staatenblocks sowie Polens und Rumäniens aus Europa ausgeschlossen worden. Das bolschewistische Rußland war geächtet worden. Die kommunistische Politik schien während einer Periode die russisch-nationalen Interessen hinter diejenigen der internationalen Revolution zurückzustellen. Die kapitalistischen Staaten erwiesen sich aber als widerstandsfähiger, als Lenin angenommen hatte; die kommunistische Weltrevolution brach nicht aus; die internationale Arbeiterschaft, durch die Spaltung entscheidend geschwächt, vermochte sich nirgends auf die Dauer durchzusetzen. Die Mißerfolge ließen die russischen nationalen Bedürfnisse stärker hervortreten; Rußland mußte versuchen, die drohende Isolation zu durchbrechen. Der schon vor zehn Jahren drohende Gegensatz zwischen den im Völkerbund vertretenen imperialistischen Staaten gestattete Rußland, nach Genf zu kommen und sich damit politisch zu rehabilitieren. Die Komintern versuchte, in den nationalen Staaten die kommunistischen Parteien als Werkzeuge der russischen Außenpolitik auszubilden.

In der langen Friedenszeit erstarkte Rußland wirtschaftlich und militärisch, während zu gleicher Zeit die Komintern immer schwächer wurde. Der durch Stalin geleiteten russischen nationalen Politik wurden die kommunistischen Parteien bald einmal überflüssig, dann lästig. Man konnte sie nicht nur nicht mehr brauchen, sie waren für die Verständigung mit den Ländern, deren imperialistische Ziele mit denen der russischen nationalen Politik in wichtigen Stücken gleichlaufen mußte, hinderlich. Sie wurden beseitigt. Die Kommunistenprozesse bedeuteten nichts anderes als das Aufräumen mit den intellektuellen Schichten, die noch nicht begreifen wollten, daß sie der rein russisch-nationalen Politik im Wege standen. Das Ziel der russi-

schen Außenpolitik war durchaus nicht eine Verständigung mit Frankreich und Großbritannien, welche Rußland durch den Versailler Vertrag in die Rolle einer Macht zweiten Grades gedrängt hatten, sondern die Übereinkunft mit Deutschland, dessen Entwicklung nicht erst seit 1933 wohlwollend und hoffend verfolgt wurde. Die deutsche Politik hatte genau wie die russische ein Hauptziel: die Vernichtung des Versailler Vertrages, die Niederreißung der Barriere, die der »Tiger« Clemenceau in Osteuropa gegen das bolschewistische Rußland aufgerichtet hatte.

Nach der Besetzung Polens drängt die russische Politik nun offenbar darauf, mit den Überresten der Versailler Politik in ihrem Machtbereich aufzuräumen. Das macht die Lage Estlands, Lettlands, Litauens und möglicherweise Finnlands so gefährvoll. Es erscheint durchaus glaubhaft und logisch, daß der deutsch-russische Vertrag diese Staaten in die russische Einflußsphäre gewiesen hat. Jedenfalls kann heute folgendes festgestellt werden:

Durch die Besetzung Polens hat Rußland die entscheidende Bresche in den Wall geschlagen, der es von Europa abschließen sollte. Es kehrt aktiv und mit großer Stoßkraft in die europäische Politik zurück; aber es tut dies nicht als Vormacht des Sozialismus, wie seine Propagandastellen behaupten, sondern als imperialistischer Staat mit imperialistischen Zielen. Daß es in den eroberten Gebieten die alte Ordnung des Privatkapitalismus nicht bestehen läßt, sondern sie ersetzt durch die in seinen Stammgebieten herrschende staatskapitalistische Ordnung, ist selbstverständliche Verteidigungsmaßnahme und hat mit Fortschritten des Sozialismus nicht das mindeste zu tun.

Es drängt aber danach, zunächst in der Ostsee mit Deutschland die entscheidende Seemacht zu werden. Der Leninkanal nach Murmansk öffnet die Ostsee für Rußland wie der Kaiser-Wilhelm-Kanal für Deutschland. Mit der Ostsee als riesig befestigter Hafen für die russische Seemacht wird Rußland auch eine atlantische Seemacht, welche die Verbindungslinien Großbritannien–Amerika flankiert.

Rußlands Expansion geht nach dem Osten und nach dem Südwesten. Auf die Dauer ist die Ausdehnung nach Asien entscheidend. Sibirien steht tatsächlich erst noch vor der Erschließung. Hier braucht es mehr Volk, mehr Landwirtschaft, mehr Industrie. Die Auseinandersetzung mit Japan muß kommen, aber erst, wenn die nötige Rückenfreiheit im Westen geschaffen ist; inzwischen schließt man Waffenstillstandsverträge, wenn nötig auch noch etwas mehr mit Japan; mehr als eine Atempause ist das nicht. Die Sicherung des Westens bedingt aber, daß nicht nur Polen bis zur Weichsel, mit Einschluß der galizisch-ukrainischen Ölgebiete und der Weizenfelder, in russischen Händen ist, sondern daß Deutschland nicht nach dem Balkan vordringt. Rußland hat daher sofort die polnisch-rumänische Grenze ganz besetzt und damit Rumänien von Deutschland abgeriegelt; es hat aber auch die polnisch-ungarische Grenze erreicht und übt damit einen entscheidenden Einfluß aus auf Ungarn, von dem aus allein Deutschland noch nach Rumänien vorstoßen könnte. Der Kampf um den Balkan gegen Deutsch-

land hat daher schon begonnen. Das bolschewistische Rußland kämpft um den Balkan genau mit den Parolen wie einst das zaristische. Die panslawische Losung ist ausgegeben, und es ist in Moskau nicht vergessen, daß Rußland 1914 wegen des österreichischen Angriffs auf Belgrad ins Feld zog. Rußland meldet sich energisch als Schutzmacht der Balkanvölker wieder an und nimmt die alten Ziele auf.

Es kann so wenig wie das zaristische Rußland zugeben, daß der Balkan deutsch wird. Die deutsche Balkanpolitik schneidet die russische, für die Istanbul wie einst Konstantinopel Ziel bleibt. Rumänien ist heute als deutsche Einflußsphäre fast ausgeschaltet; die russische Politik hat hier Deutschland weggeschoben. Die Einflußnahme auf Ungarn läßt vermuten, daß von dort aus der deutsche Vorstoß in die übrigen Teile des Balkans abgestoppt werden soll. Rußland hat daher gar kein Interesse an einer Schlichtung des Konflikts Deutschland-Frankreich-England. Je stärker Deutschland nun im Westen engagiert ist, um so ruhiger kann Rußland seine eigene europäische Bastion ausbauen. Es ist ebensowenig daran interessiert, Großbritannien einen langen und ermüdenden Krieg zu ersparen; denn auch hier nimmt das heutige Rußland die antienglische Asienpolitik auf. Die zentralasiatischen und indischen Fronten treten für den Augenblick zurück. Die russische Politik spielt aber bewußt mit dem Gedanken der Abnutzung Großbritanniens und Deutschlands im Kriege an der Westfront, der Abnutzung Japans im chinesischen Konflikt. Es widerspricht den national-russischen Interessen, jetzt etwa eigene Kräfte gegen Frankreich und Großbritannien zu binden, da Rußland nicht das mindeste Interesse an einem überwältigenden deutschen Sieg hat. Europa unter deutscher Herrschaft wäre gerade das, was Rußland auf die Dauer nicht brauchen kann. Aber ein in einem langen Krieg abgehetztes Deutschland, das im südwesteuropäischen Raum nicht mehr auftreten kann, ist das beste. Es widerspricht aber ebenso dem russischen Interesse, Frankreich und Großbritannien zu einem überwältigenden Sieg zu verhelfen. Rußland bleibt daher in Reserve, um den Krieg entscheiden zu können, aber nicht für die sozialistische Weltrevolution, wie man heute noch zu propagieren beliebt, sondern um rein russisch-nationale Pläne erfüllen zu können. Rußland erinnert sich an die Vormachtstellung, die es in Europa nach den napoleonischen Kriegen einnahm; warum sollte es die nicht wieder einnehmen?

2. Deutschland.

Auch die deutsche Expansion zielt nach zwei Seiten. Im Westen bleiben die lothringischen Erzgebiete für die erzarme deutsche Schwerindustrie immer noch heißbegehrt; die Kriegsziele des letzten Weltkrieges sind nicht vergessen. Im Süden wird der Balkan gesucht, der als Rohstoffland und als Absatzgebiet wichtig bleibt. Der Balkan ist aber nur die Brücke zur alten Bagdadbahnpolitik. Mit der Besitznahme Österreichs und der drohenden Vasallierung Ungarns sollte die solide Basis für den entscheidenden Vorstoß in den Balkan geschaffen werden. Die wirtschaftliche und politische Einflußnahme sollte nur die Vor-

stufe für spätere militärische Aktionen bilden. Der donauabwärts zielende Stoß droht zunächst Rumänien unter deutsche Herrschaft zu bringen. Das bedeutet Deutschland als Schwarzmeermacht in der Flanke Rußlands, das mit der deutschen Beherrschung Rumäniens vom Bosphorus abgeschnitten würde. So oder so muß sich das Schicksal Rumäniens entscheiden; angesichts der Drohungen beider sehr aktiven Staaten wird es für Rußland oder Deutschland optieren müssen. Auch hier wiederholen sich die Vorkriegsprobleme. Das heutige Deutschland, das die Interessensphären der damaligen Staaten Deutschland und Österreich-Ungarn umfaßt, kann seine Balkanziele nicht mit, sondern nur gegen Rußland erreichen. In der Entwicklung dieses langen, eben erst begonnenen Weltkrieges liegt daher mit Sicherheit ein späterer – deutsch-russischer Konflikt. Wer aber den Balkan besitzt, in Verfolgung einer konsequent verfolgten Großraumpolitik, beherrscht das ganze östliche Mittelmeer und Kleinasien. Das Schicksal des Balkans läßt sich von demjenigen Kleinasiens auf die Dauer nicht trennen. Läßt sich aber eine Teilung des Balkans denken? Vorübergehend bestimmt. Es könnte sein, daß vorerst der Ostbalkan russische oder deutsche, der Westbalkan italienische Einflußsphäre würde. Niemand weiß aber so gut wie Italien, dessen Schicksal sich mehr als einmal im Balkan entschieden hat, daß man den Balkan nur ganz oder gar nicht besitzt. Die deutsche Expansion muß daher in der Folge auch zum Zusammenstoß mit der italienischen Balkanpolitik führen.

Für den Augenblick hat Deutschland auf die lothringischen und elsässischen Erzgebiete verzichtet. Niemand kann aber eine solche Zusicherung auf lange Frist geben. Jedenfalls fürchtet Frankreich, daß die Drohungen aus »Mein Kampf« wahr gemacht werden könnten: Frankreich zunächst zu isolieren und dann zu schlagen. Frankreich faßt jedenfalls den heutigen Krieg als Kampf gegen die von Deutschland angestrebte Isolation mit ihren spätern furchtbaren Folgen auf.

3. *Italien.*

Nirgends so schwer wie hier sind die Kräfte aufzudecken, welche die Außenpolitik führen. Man muß hier wohl unterscheiden zwischen den natürlichen Interessen des Landes und denjenigen des Regimes. Italien braucht, wie übrigens alle imperialistischen Staaten, Rohstoffe und Absatzgebiete für seine Industrie. Es hat seine Interessen durch die Besitznahme Libyens, des Dodekanes und Äthiopiens nach dem östlichen Mittelmeer verlagert; es kann ernstlich heute nicht daran denken, mit gleicher Kraft gleichzeitig im östlichen und im westlichen Mittelmeer aufzutreten. Es ist auf diesem Wege auf britischen und französischen Widerstand gestoßen; Großbritannien hat seinen Seeweg nach Indien, Frankreich denjenigen in seine afrikanischen Kolonien, die heute viel weniger wirtschaftlich, als militärisch wichtig sind, verteidigt. Die italienische Politik hat in der Folge zur schwersten Gefährdung des englischen Seeweges durch das Mittelmeer geführt, indem Gibraltar, Malta und Suez der Reihe nach bedroht, Mallorca, Pantelleria und die äthiopische Provinz als feindliche Festungen an diesem

Seewege errichtet wurden. Die Folge war der Beginn eines anti-italienischen Staatenblocks im östlichen Mittelmeer, indem sich Griechenland, die Türkei und Ägypten an die Seite Englands stellten und sich zum Teil direkt mit ihm verbündeten. Sowohl in Italien als in Deutschland wäre die Erreichung der wichtigsten wirtschaftlichen Ziele unbedingt auf friedlichem Wege möglich gewesen. Die scharfe anti-englische und antifranzösische Stellungnahme des faschistischen Regimes entspricht in keiner Weise den Bedürfnissen des italienischen Staates, des italienischen Volkes oder der italienischen Volkswirtschaft. Aber die innerpolitischen Spannungen machen in jedem Falle die Ablenkung nach außen nötig; wesentlich aus diesem Grunde hat Deutschland den Krieg gegen Polen begonnen, aus dem gleichen Grunde hat Italien sein abessinisches Abenteuer angefangen und hat der Faschismus den Krieg in Spanien geführt. Darum wurde auch die Waffenhilfe Deutschlands gesucht, mit dem vereint man Frankreich und Großbritannien mürbe zu machen suchte. Für Italien liegen die Folgen dieser Politik klar zutage. Abessinien frißt die besten Kräfte Italiens, ohne der italienischen Volkswirtschaft Wesentliches zu liefern; in Spanien hat Italien den Bürgerkrieg Francos finanziert und die größten militärischen Lasten auf sich genommen; dafür tritt Spanien heute aus der Reihe, die spanischen Eisenbergwerke sind an den deutschen Göring-Konzern verlorengegangen – dem sie zwar heute auch nicht viel nützen –, Mallorca mußte im wesentlichen doch geräumt werden. Die Westmächte haben sich durch eine Reihe energischer Maßnahmen im westlichen Mittelmeer so gestärkt, daß ihre Lage trotz allem eher besser ist als vor dem spanischen Abenteuer. Den Balkan hatte Italien durch eine weitgreifende Politik nach und nach eingekreist. Im Süden und Südosten hatte es eine starke Position durch Libyen und den Dodekanes; im Norden hatte die Protektion über Österreich, die gegen Deutschland erfolgt war, das Bündnis mit Ungarn das ganze, ungeheuer wichtige Donaubecken in die Hand Italiens gelegt und damit Deutschland sowie Rußland vom Balkan abgeriegelt. 1938 hat Italien das Donaubecken ganz an Deutschland abtreten müssen – das Danktelegramm Hitlers an Mussolini nach dem Einmarsch in Wien war die blutigste Verhöhnung nach einer schweren Niederlage –, 1939 hat die deutsche Politik, hat die Politik der Achse Rom–Berlin Rußland in den Balkan gerufen, so daß das Donaubecken entweder russisch oder deutsch, keinesfalls aber in der heutigen Konstellation italienisch sein kann. Den Dodekanes muß Italien unter türkisch-englisch-russischem Druck militärisch räumen, Libyen ist durch die ägyptisch-britische Rüstung bedroht, Äthiopien so gut wie isoliert – und für die furchtbare Reihe dieser Mißerfolge und diplomatischen Katastrophen hat Italien die Deklamationen Hitlers und die Erlaubnis eingetauscht, Albanien zu erobern, das ihm vorher schon gehört hatte, und dessen Wert nur darin liegt, daß das Adriatische Meer im Süden geschlossen werden kann. Dafür aber hat Italien die großen Zugänge in den Balkan durch die fruchtbaren Flußtäler in deutsche oder russische Hand verloren; Albanien hat Wert als Brückenkopf, aber es erlaubt keine Beherrschung

des Balkans. In der Zukunft liegt die Gefahr einer französischen Niederlage und einer deutschen Hegemonie in Europa. Alle großen italienischen Politiker, von Cäsar über Macchiavelli bis zu Cavour, wußten, daß eine sichere italienische Herrschaft im Balkan und im Mittelmeer ausgeschlossen ist, wenn Europa unter deutscher Hegemonie steht. Deutschland im Balkan und auf den Alpenpässen bedeutet in jedem Fall eine tödliche Bedrohung jeglicher italienischen Herrschaft. Was Italien heute noch vor diesen schlimmen Aspekten retten könnte, wäre die entschlossene Abschwenkung von der bis heute widernatürlich verfolgten politischen Linie. Aber das kann das Regime nicht. Die Westmächte erklären, daß sie mit einem Hitler-Deutschland nicht Frieden schließen werden, und daraus schließt das faschistische Regime, daß es den Westmächten als Verhandlungspartner und sogar als Verbündeter suspekt ist. In dieser Lage muß sich das Regime entschließen, Italien neutral zu halten. Darin hat es die unbedingte Zustimmung des italienischen Volkes, wie es seine unbedingte Gegnerschaft in einem Kriege an der Seite Deutschlands gegen Frankreich hätte. Das italienische Volk vermag die Drohungen, die für seine Existenz entstehen müßten, wenn mit seiner Hilfe Frankreich niedergeworfen würde, sehr wohl zu erkennen. Die Politik Mussolinis kann nur dann zum Kriege führen, wenn er überzeugt ist, durch einen kurzen Überfall auf einen ermüdeten Gegner einen raschen Sieg zu erringen, oder wenn es ihm gelingt, sich vor dem eigenen Volke als der Angegriffene zu rechtfertigen. Die Frage bleibt, ob die Westmächte hier den Preis bezahlen können, den sie in Moskau nicht zahlen durften. Sie konnten Rußland nicht durch eine Teilung Polens gewinnen; Deutschland konnte das und bezahlte den Preis für die Schwenkung von der antifaschistischen Politik Rußlands zur imperialistischen Bündnispolitik. Italien ist bedeutend weniger gebunden als je Rußland war. Seine natürlichen Interessen liegen klar zutage. Mussolini begreiflich zu machen, daß seine Interessen am besten verteidigt werden, wenn sie parallel mit denen des italienischen Volkes gehen, sollte nicht schwerfallen. Er hat schon 1914 mit sich reden lassen.

Pangermanismus und Panslawismus

Von Dr. E r n s t P a u l.

Die letzten beiden Monate haben Europa und der Welt ungeheure politische und militärische Überraschungen gebracht. Man erwartete, daß Hitlers Angriff gegen Polen die nicht länger zu verschiebende kriegerische Auseinandersetzung zwischen den Westmächten und dem nazistischen Deutschland bringen werde. Und man rechnete damit, daß es trotz allem Mißtrauen zwischen England, Frankreich, Polen einerseits und Rußland andererseits doch den Verhandlungen gelingen werde, eine Kriegskoalition der Sowjetrepublik mit den Westmächten zustande zu bringen. Aber es kam ganz anders. Auch Deutschland